

Platz abbeck

Nr. 2, April 2006

DIE LINKE.KÖLN

Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de

Streik im öffentlichen Dienst

Seit dem 13.2.2006 wird an den Unikliniken in NRW gestreikt. Bei der voraus gegangenen Urabstimmung hatten sich 96,6 Prozent der 30 000 Beschäftigten für einen unbefristeten Arbeitskampf ausgesprochen. Sie fordern, dass der geltende Tarifvertrag für kommunale Krankenhäuser auch für die MitarbeiterInnen in den Unikliniken Anwendung findet. Festgeschrieben ist dort u.a. die 38,5-Stunden-Woche. Die Argumente für eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sind immer die gleichen: Nur Kostensenkung kann Arbeitsplätze erhalten. Der kaufmännische Leiter der Unikliniken Köln wies darauf hin, dass die Kostensenkung notwendig sei, um keine Abstriche bei der Versorgung der Patienten machen zu müssen. Um Mehrausgaben durch ein Prozent höhere Lohnkosten auszugleichen, müsse man etwa 350 Stellen abbauen.

Die Fraktion erklärt sich solidarisch mit der Forderung der Gewerkschaft, MitarbeiterInnen der Unikliniken und kommunalen Krankenhäuser gleich zu stellen. Durch Besuche aller Fraktionsmitglieder, Diskussionen und Presseerklärungen unterstützt Die Linke.Köln die KollegInnen vor Ort.

„Wer diese Tarifaueinandersetzung aus ideologischen Gründen vor die Wand fährt, wird Beton zu spüren bekommen“, sagte Sylvia Bühler, ver.di-Fachbereichsleiterin Gesundheit.

Claudia Borchart

www.pds-koeln.de
www.gemeinsam-gegen-sozialraub.de
www.wasg-koeln.de



100 städtische Ausbildungsplätze jetzt! Für eine feste Ausbildungsquote!

Die Bundesagentur für Arbeit, NRW legte Ende März einen Ausbildungsmarktbericht mit der Schlussfolgerung vor: Noch nie hatten Jugendliche in Nordrhein-Westfalen so geringe Chancen auf eine Ausbildung.

Zeitgleich brachte die Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln einen Antrag ein, sofort 100 Ausbildungsplätze bei der Stadt zu schaffen und für die Zukunft eine sechsprozentige Ausbildungsquote festzulegen. Die Fraktion hofft auf eine Zustimmung von SPD und Grünen. Die wollen erst die finanziellen Auswirkungen prüfen, signalisieren aber ihre grundsätzliche Bereitschaft, zusätzliche Ausbildungsplätze mittels einer Quote einzuführen. Mit dem Antrag will Die Linke.Köln auch ein klares Zeichen gegen weiter stattfindenden Personalabbau und Verlängerung von Arbeitszeiten im Öffentlichen Dienst setzen.

Derzeit steht in NRW rund 70.000 Bewerbern ein Angebot von nur noch 35.000 offenen Lehrstellen gegenüber. Absolut gibt es weniger Ausbildungsangebote als in den Jahren zuvor. Gleichzeitig stieg die Nachfrage gegenüber 2005 um 7.600 Lehrstellen. Das sind 7,2 Prozent.

In den letzten fünf Jahren sind in NRW die Ausbildungsplatzangebote breitflächig zurückgegangen, von ca. 100.000 auf 70.000. Die Ausbildungszahlen der Stadt Köln, der Eigenbetriebe und der Beteiligungsunternehmen liegen weit unter den orts- bzw. branchenüblichen Zahlen. Ausgenommen sind die Sparkasse und die Zentren für Senioren und Behinderte der Stadt Köln.

So lag die Stadt im Jahr 2005 mit 445 Auszubildenden bei einer Quote von 3,7%. Das liegt deutlich unter den ortsüblichen Ausbil-

dungsquoten von 1.474 Auszubildenden und 6,4% in der Öffentlichen Verwaltung Kölns. Die Ausbildungsplätze im Verwaltungsbereich und den marktgängigen Berufen bei der Verwaltung bei der Stadt Köln sind in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen. Betrug die jährliche Neueinstellung von Auszubildenden 1991 noch 354, so sind es 2005 nur noch 81.

Andere Verwaltungsbehörden in Köln stehen deutlich besser da. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) z.B. hat im Verwaltungsbereich eine Quote von 6,5% (245 Auszubildende und 3.787 Beschäftigte). Insgesamt hatte der LVR mit Kliniken und Heilpädagogischen Heimen eine Ausbildungsquote von 5,8 %.

Fachkompetentes Personal ist bei der Stadtverwaltung inzwischen rar geworden. →

Keinen Abriss der Barmer-Siedlung – Solidarität mit der Besetzung

Bei den etablierten Parteien ist Hektik ausgebrochen. Mit irgend etwas muss man das Barmer Viertel doch bebauen können, damit die Abriss-Gegner nicht weiter argumentieren können, dort entstünde der teuerste Parkplatz der Republik. Die Grünen setzen auf den „Workshop“. Es müssten sich doch Architekten finden lassen, die ein schönes Luftschloss planen. CDU und FDP haben es eiliger. Schnell noch ein Dringlichkeitsantrag für den Rat: ein Messe-Kongresszentrum muss her! Wer das bezahlen soll? Egal, Hauptsache die Wohnhäuser wegkloppen und irgendeinen Investor beauftragen, das Ding dort hinzustellen. Könnte doch der Oppenheim-Esch-Fonds machen, bei denen geht's schnell und die Miete wird die Stadt schon aufbringen, ist doch ein Klacks verglichen mit den monatlichen Kosten für die Messehallen Nord ...

Es sollte ein großer Coup werden: die erwarteten Einnahmen durch den Verkauf an die Investoren der geplanten Büro-Hochhäuser sollten die hohen Kosten der Stadt für den Erwerb des Geländes zwischen Deutzer Bahnhof und Messe decken. Es wurden außergewöhnlich hohe Summen aufgewendet, um den Erbbaurein und dessen MieterInnen aus dem Viertel herauszukaufen. Begründet wurde das damit, dass man die MieterInnen auf keinen Fall in der geplanten Zeit zwangsweise vertreiben könne. Doch die Rechnung wurde ohne den Büro-Leerstand und die UNESCO gemacht. Am Ende bezahlte die Stadt 70 Millionen Euro für ein Grundstück, dessen Verwendung unklar ist.

Bloß weg damit

Von sich aus haben Stadtspitze und etablierte Parteien nicht das Scheitern der Pläne eingestanden und zumindest eine Zwischennutzung geplant, bis neue Bebau-

ungspläne vorliegen. Sie wollten die Häuser so schnell wie möglich abreißen, als würden sie an die Fehlplanung gemahnen. Diese Strategie wurde durch die Besetzung durchkreuzt, die Debatte wurde neu eröffnet.

Heute zeichnen sich zwei Varianten ab, ließe man die Etablierten gewähren: 1) der Weiterverkauf an private Investoren. Somit würden mal wieder private Unternehmen Subventionen aus dem städtischen Haushalt erhalten. 2) die Nicht-Nutzung des Geländes durch keine oder nur teilweise Bebauung. In diesem Fall hätte die Stadt tatsächlich den teuersten Parkplatz des Landes angelegt.

Der Ausweg: mehr Wohnungen als geplant

Als Ersatz für das Barmer Viertel hat die Stadt dem Erbbaurein den Neubau von rund 500 Wohnungen ermöglicht. Das war zwar nicht das eigentliche Ziel, aber immerhin ein positiver Nebeneffekt der ganzen verkorksten Angelegenheit. Würden nur rund 250 Wohnungen des Barmer Viertels erhalten bleiben, gäbe es ein Plus von über 350 Wohnungen insgesamt. Die wären zwar teuer erkaufte, aber immerhin wäre das Geld nicht vollständig verschwendet. Der Wert der Wohnungen auf dem Barmer-Gelände liegt bei ca. 12-18 Millionen Euro, die Wohnungen befinden sich in einem guten Zustand. Sollen die pulverisiert werden,

ohne dass klar ist, was auf dem Gelände passieren soll!? Wer diese Wohnungen abreißt, der meint es nicht ernst mit seinen Sprüchen vom Schaffen bezahlbarer Wohnungen.

Die BesetzerInnen fordern zu Recht: Verzicht auf den Abriss und Nutzung zumindest des Barmer Blocks als Wohnviertel. Das wäre wohnungs-, sozialpolitisch und in Sachen Schadensbegrenzung für den städtischen Haushalt die einzig sinnvolle Variante.

Stadtentwicklung a la Colonia

„Stadtentwicklung“ ist ein schönes Wort. Aber wenn Verwaltungsspitze und bürgerliche Politiker davon reden, ist Vorsicht geboten. Sie meinen damit nicht die Schaffung besserer Lebensverhältnisse durch bessere Wohnungen, Freizeit-, Sport- und Einkaufsmöglichkeiten im Stadtteil, sie machen keine Stadtplanung für die Bevölkerung.

„Stadtentwicklung“ heißt für sie, dass die Interessen von reichen Investoren, Banken und Konzernen bedient werden, Grundstücke für diese bereitgestellt und Millionen aus dem städtischen Haushalt dafür eingesetzt werden. Bei vielen Projekten werden dabei öffentliche Gelder für überflüssige Prestigeprojekte verbuddelt, andere dienen schlicht der Umverteilung städtischer Gelder auf die Konten von Investoren, wie im Fall der Messehallen Nord.

Die GegnerInnen des Abrisses setzen dem entgegen: Diese Stadt gehört der Bevölkerung. Städtische Gelder müssen eingesetzt werden, um Wohnungen zu erhalten und neu zu bauen, um dringend benötigte Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales zu schaffen.

Claus Ludwig

Fortsetzung von Seite 1

Das ist ein weiterer Grund, eine Ausbildungsinitiative zu starten. Das Bundesinstitut für Berufliche Bildung (BIBB) kam in einer detaillierten Analyse über die Ausbildungskosten der Betriebe zu der Schlussbemerkung: „Den Ausbildungskosten steht eine hoher Ausbildungsnutzen gegenüber. Die betriebliche Ausbildung bietet dem Betrieb eine Reihe konkreter ökonomischer Vorteile, so dass diese insgesamt zu einer lohnenswerten Investition wird.“

Die Ausbildungsquoten der städtischen Beteiligungsunternehmen liegen auch weit unter dem Durchschnitt. Hier muss eine Änderung herbeigeführt werden, vor allem bei Ausbildungsberufen im gewerblich-technischen Bereich. Sowohl der DGB als auch der Entwurf des Bundesausbildungssiche-

rungsgesetzes der vergangenen Bundesregierung gehen von einer notwendigen Ausbildungsquote von 7 v.H. aus. Mit einer 6-Prozent-Quote läge die Stadt Köln immer noch unter diesen bundesweiten Orientierungswerten.

Noch immer fehlen tausende Ausbildungsplätze in Köln. Schon allein deshalb muss sich die Stadt Köln in viel größerem Umfang engagieren, als sie das bisher getan hat.

Jugendliche bekommen durch einen Ausbildungsplatz eine Chance, sich langfristig auf dem Arbeitsmarkt behaupten zu können und einen Einstieg in das Berufsleben. Jugendliche brauchen eine Perspektive und Zukunft in dieser Gesellschaft. Das ist der beste soziale Schutz vor Armut und

sozialem Abstieg. Jetzt gilt es in der Öffentlichkeit Druck zu machen, damit der Rat in den nächsten Wochen auch tatsächlich mehr Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln und den stadt-eigenen Betrieben wie der KVB und dem gesamten Stadtwerke-Konzern schafft.

Nur wenn die Jugend selber aktiv wird, wenn es gelingt, außerparlamentarische Bewegung und parlamentarische Arbeit zu verzahnen, wird dieser Druck auch erfolgreich sein.

Für den 20. Mai bereitet die Gewerkschaftsjugend Protestaktionen „Jugend auf der Straße – Ausbildung und Arbeit für alle“ vor. Weiteres auf unserer Internetseite.

Özlem Demirel,
Jörg Detjen



Offener Brief an die Fraktionen im Rat der Stadt Köln: Studierende für den Erhalt der Barmer Siedlung

*Sehr geehrte Damen und Herren
im Rat der Stadt Köln,*

als Vertreter von 80.000 Studierenden in Köln sprechen wir uns für den Erhalt der Barmer Siedlung und für eine Teilnutzung durch das Studentenwerk aus.

Die Situation auf dem Kölner Wohnungsmarkt ist besonders für Menschen mit geringen Einkommen prekär. Hiervon sind insbesondere auch Studierende betroffen.

Die ca. 280 Wohnungen im Barmerwohnblock könnten einen wichtigen Beitrag leisten, diese Situation abzumildern.

Daher unterstützen wir die Geschäftsführung des Kölner Studentenwerks in ihrem Anliegen, einen Teil der Wohnungen als Studierendenwohnheim zu übernehmen.

Anscheinend gibt es zum jetzigen Zeitpunkt weder Investoren für das Gelände noch eine konkrete bauliche Planung. Ein sofortiger Abriss ist also weder notwendig noch angesichts der Wohnungssituation in Köln sinnvoll.

Wir fordern Sie auf, den Abriss der Barmer Siedlung zu stoppen und eine Nutzung der Wohnungen u. a. durch das Studentenwerk zu prüfen.

Damit es zu einer solchen Nutzung kommen kann, sind, über ein Moratorium des Abrisses hinaus, verlässliche Kalkulationen und Zusagen für eine mehrjährige Nutzungsdauer an das Studentenwerk notwendig, damit Investitionen für die Instandsetzung der Wohnungen nicht zu Verlusten für das Studentenwerk führen, dessen finanzielle Situation durch Kürzungen der Landesmittel bereits stark angespannt ist.

Wir unterstützen ausdrücklich auch das Anliegen des Sozialen Zentrum Deutz, einen Teil der Wohnungen für alternatives Wohnen zu nutzen und meinen, dass sich dies gut mit einer Teilnutzung durch das Studentenwerk vereinbaren lässt.

Bitte verhindern Sie den vorzeitigen Abriss der Wohnungen und ermöglichen eine baldige Entscheidung über die Nutzung der Wohnungen, damit ihr guter Zustand erhalten bleiben kann.

Unterzeichner:

- Allgemeiner Studierenden Ausschuss der Universität zu Köln
- Allgemeiner Studierenden Ausschuss der Kunsthochschule für Medien (KHM)
- Grüne Hochschulgruppe Köln
- Juso-Hochschulgruppe Köln
- Die Unabhängigen an der Universität zu Köln
- Die Linke.[solid]
- Die LUST-Hochschulgruppe
- Autonomes Referat internationaler Studierender der Universität zu Köln

Köln, 31. März 2006



Barmer Viertel 1914

Zur Bürobesetzung der Fraktionsräume durch die Hausbesetzer

Am Montag, den 20. März haben Leute aus der Hausbesetzerzene vom Barmer Block, SSK und SSM unsere Büroräume besetzt. Um 13 Uhr kamen ca. 25 Menschen in unser Büro und begannen, mit uns zu diskutieren.

Dabei offenbarten sich unterschiedliche strategische Einschätzungen. Wir hatten bereits einen Antrag in den Rat eingebracht, den Abriss des Barmer Blocks zu stoppen. Das reichte den Besetzern allerdings nicht aus. Sie verlangten von uns, dass wir die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtdirektors mit dem Weiterbestand vom Barmer Block verbinden. Für SPD und Grüne war das aber überhaupt kein Gesprächsthema, geschweige denn Verhandlungsmasse.

Die Mehrheit der Fraktion – Claus Ludwig (Gemeinsam gegen Sozialraub) hatte sich hier anders positioniert und wollte die Wahl des Stadtdirektors nicht nur vom Erhalt des Barmer Blocks, sondern noch von weiteren Forderungen abhängig machen – wollte die Wahl des Stadtdirektors auch aus einem anderen Grund nicht mit dem Bestand des Barmer Blocks verbinden. Die Linke.Köln hatte einen Antrag in den Rat eingebracht, der 100 zusätzliche Ausbildungsplätze und eine zukünftige festgeschriebene Quote von 6% Auszubildenden vorsieht. SPD und Grüne hatten ihre Zustimmung signalisiert. Hier mit einer weiteren Forderung einzusteigen, hätte nach Meinung der überwiegenden Mehrheit der erweiterten Fraktion (zu der auch Bezirksvertreter und sachkundige Einwohner in

den Ausschüssen gehören) unsere gesamten Verhandlungen gefährdet. Auf diesen Antrag zu verzichten und den Abriss des Barmer Blocks von der Wahl des Stadtdirektors abhängig zu machen, hielten wir überwiegend für politisch unklug, zumal die Fraktion diese Initiative mit der Gewerkschaftsjugend abgestimmt hatte.

Um 20.30 Uhr waren die Positionen erschöpfend ausdiskutiert. Die Ratsgruppe einschließlich Claus Ludwig appellierte an die Besetzer, ihren Protest über Nacht auszusetzen. Ihre Weigerung hatte zur Folge, dass wir auch im Büro übernachten mussten, sonst hätte die Stadt die Büros geräumt. Die Besetzung erstreckte sich über zwei Nächte und wurde schließlich am Mittwoch durch Plenumsbeschluss der Hausbesetzer um etwa 12 Uhr „vorübergehend ausgesetzt“.

Die Besetzer versuchten nach eigener Auskunft unsere Basis in die Fraktionsräume zu mobilisieren, um durch Diskussion und Rückmeldung unserer WählerInnen ein Überdenken unserer Haltung zu erreichen. Menschen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang zu den Hausbesetzern standen, sind allerdings nicht gekommen. Uns haben ca. 10 Emails von Menschen erreicht, die wissen wollten, was bei uns „los“ sei. Nachdem wir Fragen beantwortet haben und unsere Position dargestellt haben, kam keine weitere Rückmeldung mehr.

Wir halten unsere Position weiterhin für richtig, weil sich soziale Forderungen nicht gegeneinander ausspielen lassen und wir nicht nur fordern, sondern durchsetzen wollen.

*Andrea Kostolnik, Claudia Borchard, Michael Kellner,
Jörg Detjen*

Am 30. März veranstaltete die Fraktion ein Forum. Für Politik unter der Bedingung von wechselnden Mehrheiten wollte Die Linke.Köln Anregung, Kritik und Forderungen von Basisvertretern hören.

Auf dem Podium war ein breites Spektrum vertreten. Waren Brigitte Erdweg von „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ und Claus-Ullrich Pröls vom Kölner Flüchtlingsrat Vertreter klassischer sozialer Initiativen, repräsentierte Wolfgang Uellenberg von Dawen, Vorsitzender des DGB Kreis Köln-Lev.-Rhein-Erft, die gewerkschaftliche Sicht. Abgerundet wurde die Gruppe der Diskutanten durch Martin Stankowski, als Kabarettist ein intimer Kenner Kölner Kommunalpolitik. Die Journalistin Anne Schulz moderierte.

Stankowski charakterisierte Kommunalpolitik als Geschäftemacherei, in der man verschiedene Forderungen gegeneinander verhandeln muss, um etwas durchzusetzen. Uellenberg von Dawen sah in wechselnden Mehrheiten größere Einflussmöglichkeiten für Basisbewegungen. Als aktuelles Beispiel stellte er autoritäre Lösungen wie die mögliche Räumung des Barmer Blocks durch die Polizei dem Modell der

Wechselnde Mehrheiten – Kann man etwas bewegen?

Runden Tische gegenüber, in dem Betroffene direkt an der politischen Entscheidungsfindung mitwirken.

Die beiden Initiativenvertreter hatten klar umrissene Forderungen, was aus ihrer Sicht durchgesetzt werden sollte. Für Pröls war das die Aufwertung des Interkulturellen Referates in ein Amt sowie die unverzügliche Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt. Erdweg wollte die Schwerpunkte der Fraktionsarbeit beim Abwehrkampf gegen die Zumutungen durch Hartz IV sehen. Auf kommunaler Ebene betrifft das besonders die Unterkunftskosten, das Antragsverfahren, die 1-Euro-Jobs. Gemeinsam war ihnen die Forderung nach einem institutionalisierten Dialog zwischen Fraktion und Initiativen. Die Aufgabe, diesen anzuschieben und zu gestalten, delegierten sie an die Fraktion.

An diesem Abend waren ungefähr 50 Menschen gekommen; viele davon, um mit

zu diskutieren. Hierin lag eine Schwäche des Forums: Es war zu wenig Zeit, um alle Wortmeldungen hören zu können, um alle strittigen Punkte auch nur anzuschneiden.



Als die Veranstaltung nach zwei Stunden zu Ende ging, überwog das Gefühl, viel Neues aus unterschiedlichen und für unsere Arbeit wichtigen Blickwinkeln gehört zu haben. Das kann aber nur der Anfang gewesen sein. Die Fraktion wird weiterhin im Gespräch mit Basisvertretern bleiben.

Andrea Kostolnik

Städte für Menschenrechte

Am 20. und 21. März 2006 hat in Nürnberg das Arbeitstreffen der deutschen Städte zur Umsetzung der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ und des „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ statt. Obwohl die Anzahl der deutschen Städte, die eines der beiden Projekte unterstützt, 50 übersteigt, nahmen nur Vertreter aus ca. 10 Städten an diesem Treffen teil.

Die Tagung zielte in erster Linie darauf hin, Vertreter der deutschen Unterzeichnerstädte zusammenzubringen, um eine gemeinsame Basis für Arbeitsmethoden und Vorgehensweisen in den Kommunen auf bundesdeutscher Ebene zu beraten und eine effektive Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Teilnehmerstädten zu ermöglichen. Dazu wurde einstimmig beschlossen, ein weiteres Arbeitstreffen über „Schule – Bildung und Diskriminierung“ noch in diesem Jahr zu organisieren. Außerdem haben die Städte Mülheim an der Ruhr,

Nürnberg, Berlin und München über ihre Erfahrungen bei der praktischen Umsetzung der entstandenen Projekte berichtet. Als Beispiel sei hier die Senatsleitstelle gegen Diskriminierung in Berlin genannt, die eine Finanzsumme von 1,2 Mio. Euro für insgesamt 30 Antidiskriminierungsprojekte (in den Bereichen Familie, Bildung, Frauen,

Migrantinnen und Behinderte) umfasst und unterschiedliche Projekte finanziell unterstützt und mit trägt. Aber auch die erfolgreiche, von der Stadt Mülheim an der Ruhr organisierte Konferenz gegen Diskriminierung ist ein positives Beispiel. Sie hat unterschiedliche Kreise in der Stadt – wie soziale Einrichtungen und Migrantenorganisationen – eingebunden. So

sollten auch wir hier in Köln bei der Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus“ gemeinsam vorgehen.

Die Kommunen spielen insbesondere bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine überaus wichtige Schlüsselrolle. Die in der Europäischen Charta für Menschenrechte festgelegten Rechte, wie das Recht auf Bildung oder das Recht auf Arbeit sind vielen Menschen nicht bekannt. Auch sind nicht alle Menschenrechte gleichermaßen durchgesetzt.

Die Europäische Konferenz „Städte für die Menschenrechte“

Die Europäische Konferenz „Städte für die Menschenrechte“ ist ein kommunales Netzwerk, das im Oktober 1998 in Barcelona anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ ins Leben gerufen wurde. Grundlage für die Aktivitäten dieses Städte-Netzwerkes ist die „Europäische Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“. Inzwischen haben 235 Städte aus 21 europäischen Ländern dieses Dokument unterzeichnet. Ziel der Charta ist es, diese Rechte für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt, gleich welcher Herkunft, zu verwirklichen und die Teilhabe aller Menschen am städtischen Leben zu ermöglichen.

Die „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus“

Die Städte-Koalition ist eine Initiative der UNESCO, die 2004 in Nürnberg gegründet wurde und einen Zehn-Punkte-Aktionsplan gegen Rassismus mit konkreten Handlungsvorschlägen verabschiedete. Das Ziel ist, ein internationales Netzwerk von Städten einzurichten, die sich gemeinsam für einen wirkungsvollen Kampf gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit einsetzen.

DIE LINKE.KÖLN

In den Bezirksvertretungen

■ Chorweiler

ArGe Köln will angeblich keine Zwangsumzüge veranlassen



Im kommenden Jahr werden die Mietsubventionen des Landes für die Sozialwohnungen in den mindestens achtstöckigen Gebäuden in Chorweiler auslaufen. Damit verteuern sich die Mieten entsprechend. Diese Meldung im KStA vom 2. Februar war Grund genug für eine Anfrage in der

Bezirksvertretung. Gefragt wurde u.a. nach der Anzahl der betroffenen Menschen bzw. Bedarfsgemeinschaften, nach möglichen Zwangsumzügen und Ersatzwohnraumbestand im Bezirk.

Leider sah sich die ARGE Köln nicht in der Lage, die präzisen Fragen zu beantworten. Nach eigenen Angaben verfügt sie nur über Statistiken für das gesamte Stadtgebiet und hat – man höre und staune – keinen Zugriff auf die Datenbestände der Bundesagentur für Arbeit. Zwangsumzüge, so die ARGE Köln, werden nicht veranlasst. Ob das auch dann noch der Fall sein wird, wenn der zulässige Mietpreis überschritten wird, bleibt allerdings offen.

Dieter Wernig

Fortsetzung von
Städte für Menschenrechte, S. 4

Die Frage, die sich für uns in Köln stellt, ist, wie wir das „Zehn-Punkte-Programm gegen Rassismus“ in unserer Stadt umsetzen werden. Hierzu reichen allein die Ratsbeschlüsse nicht. Vielmehr muss der Rat die beschlossenen und festgelegten Programme auch weiterhin positiv begleiten und tragen.

Nürnberg gibt ein gutes Beispiel für konkrete Schritte ab. Die Menschenrechtsbildung unter den ca. 9000 Angestellten der Stadtverwaltung ist überaus positiv und könnte im Rahmen der Antidiskriminierungsarbeit der Stadt Köln als Maßstab genommen werden. Auch könnten die Ratsfraktionen in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zur Vorbeugung von Diskriminierung am Arbeitsplatz in städtischen Betrieben über Satzungsänderungen kooperieren und Antidiskriminierungsklauseln gemeinsam erarbeiten und einführen.

Özgür Demirel

■ Ehrenfeld

Entwürfe für Moscheebau vorgestellt

Zwischen Innerer Kanalstraße, Fuchsstraße und Venloer Straße soll demnächst eine repräsentative Moschee neu gebaut werden. Der Verein DITIB, der das Gelände seit zwanzig Jahren als Moschee, Kulturzentrum und Begegnungsstätte nutzt, hatte



dazu einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben.

Auf ihrer jüngsten Sitzung begrüßte die Bezirksvertretung die Ideen und kündigte eine öffentliche Informationsveranstaltung an, sobald DITIB sich für einen Entwurf entschieden hat. Diese Information und Bürgerbeteiligung ist auch deshalb wichtig, weil seit Jahren Neonazis und ihre Handlanger wie „pro Köln“ Stimmung gegen eine „Zentralmoschee“ machen. Die meisten Ehrenfelder sehen ohnehin dem Neubau gelassen entgegen, auch dem eventuellen Muezzingangesang. Eine 53-Jährige wird mit den Worten zitiert: „Die Venloer ist eine laute Straße. Da würde mich der Gesang weniger stören als der Verkehrslärm.“

Helga Humbach

■ Innenstadt

Kein Geld für die Renovierung des Reiterdenkmals am Heumarkt

In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz wurde die Renovierung des Reiterdenkmals am Heumarkt kritisch diskutiert. Notwendige Restaurierungsarbeiten würden fünf Jahre dauern und ca. 1,2 Mio. Euro verschlingen. Für 200.000 Euro gibt es Sponsorenzusagen, die verbleibende Million müsste die Stadt zuschießen. Die Linke.Köln lehnt es ab, Gelder für ein Denkmal des preußischen Militarismus zur Verfügung zu stellen. Nachdem schon einmal dafür vorgesehene Gelder stattdessen für die Reparatur der Rathausfiguren, zu denen auch Karl Marx gehört, aufgewendet wurden, versuchte die CDU-Fraktion mit einem Antrag einen erneuten Vorstoß. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und Die Linke.Köln abgelehnt.

Bahri Gülsen

■ Porz

Gewerbepark gefährdet Ortszentrum Poll

Gegen die Stimmen der Linken, der SPD und der Grünen haben CDU und pro Köln in der BV Porz grünes Licht für ein neues Einkaufszentrum auf dem Gelände der ehemaligen Müllkippe an der Rolshover Straße gegeben.

Ein SPD-Antrag, die freigewordene Fläche in der Nähe von TÜV und KFZ-Zulassungsstelle als Gewerbefläche für Dienstleistungen rund um's Auto auszuweisen, wurde abgelehnt. Nun droht dem wohnortnahen Einkaufen auf der Siegburger Straße ein harter Verdrängungswettbewerb. Denn CDU und pro Köln waren die Gewinne der Immobilienfirma Lammerting, die dort bauen will, wichtiger als die Zukunft des Ortszentrums.

Wolfgang Lindweiler

Ehemaliges Waisenhaus bald verwaist?

Kinderheimgrundstück am Beethovenpark muss sozial genutzt werden

Am 6. März trafen sich Mitglieder der Fraktion Die Linke.Köln und des Mittwochskreises mit Frau Selter, Leiterin der Städtischen Kinderheime zu einem Informationsgespräch. Grund war: Die Fraktion fühlte sich über den Zustand des Heimes und über einen möglichen Verkauf des Grundstückes mangelhaft informiert.

Was war vorausgegangen? Zur Ratssitzung im Februar erschien eine Beschlussvorlage der Verwaltung, in der der Rat sich damit einverstanden erklären sollte, „das Gelände der Städtischen Kinderheime in Sülz einer anderen Nutzung zuzuführen.“ Ein möglicher Verkauf war inbegriffen. Die bisher nicht einbezogene zuständige Bezirksvertretung (Lindenthal) ließ man einen Dringlichkeitsantrag einen Tag vorher abknicken.

Die Eile, mit der die Vorlage der Verwaltung durch gewunken werden sollte, ließ aufhorchen. Außerdem enthielt die Begründung der Vorlage nach Auffassung der Fraktion zu viele Lücken. Die Fraktion stellte deshalb zur gleichen Ratssitzung eine Anfrage zu diesem Thema und meldete

sich zu einem Gespräch mit Frau Selters im Städtischen Kinderheim an. Dem folgte eine Führung durch das Heim. Auf diese Weise lichtete sich das Informationsdickicht.

In ihrer Antwort an die Fraktion Die Linke.Köln hat die Verwaltung recht, wenn sie einen Teil des Gebäudekomplexes für marode erklärt. Sie mag auch recht haben mit der Summe von 27 Millionen Euro, die für eine Generalsanierung aufgebracht werden müsste. Zumindest der alte Teil des Komplexes ist wohl kaum zu retten, davon konnte sich die Fraktion überzeugen. Aber muss deshalb gleich verkauft werden? Die Notwendigkeit des Grundstücksverkaufs mit der Umsetzung des dezentralen Jugendhilfekonzpts zu begründen, scheint weit hergeholt.

Schließlich wird dieses – durchaus richtige – Konzept schon lange umgesetzt und darf nicht vom Verkauf eines Grundstückes abhängen. Und was geschieht im Falle eines Verkaufs mit den anderen angesiedelten Mietern wie der Schule für Erziehungshilfe, der Kindertagesstätte, der Senioren-

sportgemeinschaft und der St. George's School?

Das Grundstück selbst hat eine hervorragende Lage. Es wäre eine Schande, wenn die Stadt ein solches Filetstück aus der Hand geben würde. Wenn schon ein Teil der Gebäude abgerissen werden muss: Könnte hier nicht neuer Platz geschaffen werden sowohl für wenigstens einen Teil der bisherigen Nutzer als auch für Familien mit Kindern? Der angrenzende Beethovenpark bietet die besten Möglichkeiten für Sport, Spiel und Erholung. An diesem Grundstück kann die Stadt beweisen, wie ernst sie ihren Slogan vom „Sozialen Köln“ nimmt.

Zum Schluss noch ein Wort zum Eilverfahren des Antrags: mit Erstaunen erfuhr die Fraktion bei ihrem Besuch in Sülz, dass der Antrag im Rat gar nicht so neu war. Er war schon vor einem Jahr der Verwaltung zur Bearbeitung und Vorlage im Rat übergeben worden, aber dort verschwunden. Davon stand in der neuen Vorlage allerdings nichts.

Michael Kellner

■ Kunst und Kultur

NS-Opfer bekommen ein Gesicht

Mit einem fotografischen Lesebuch sollen die während des NS-Regimes in Köln gedemütigten und ausgebeuteten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gewürdigt werden.

So will es die Fraktion mit ihrem Antrag zur April-Ratssitzung.

Jeder Gast des Besuchsprogramms wird auf eine einfache Art dokumentarisch fotografiert, damit ihre Namen und Geschichten auch ein Gesicht bekommen. Dabei wird deutlich, dass die Verschleppung nach Deutschland und die Zwangsarbeit in Köln für fast alle nicht nur eine schreckliche Erfahrung war, sondern auch ihr weiteres Leben nach der Rückkehr in ihre Heimat nachhaltig geprägt hat. Zum einen sagen sie aus, dass sie hier ihre Jugend verloren hätten, zum anderen haben sie auch in ihrem Heimatland Repressionen erlitten, weil ihnen Kollaboration mit dem Feind vorgeworfen wurde.

Das Buch-Projekt – die Porträts ließen sich auch in einer Sonderausstellung zeigen – möchte mit den Biographien nicht nur Erlebnisse in Köln skizzieren, sondern auch und gerade darauf aufmerksam machen, dass der erzwungene Aufenthalt nachhaltige Folgen für das gesamte Leben der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hatte und hat.

Wolfgang Breuer

■ Sportausschuss

WM Tickets - die Zweite

Bis zur vergangenen Sitzung des Sportausschusses konnte der Chef der Sportstätten GmbH, Hans Rütten, keine ausreichenden Antworten auf die offen gebliebenen Fragen der Fraktion Die Linke.Köln liefern. Wie mit der Verteilung und Personalisierung von über 800 WM-Tickets verfahren wurde, bleibt somit weiter im Dunkeln.

Ratsmitglied Wolfgang Bosbach (SPD) monierte erneut die – seitens der Sportstätten GmbH wiederholte – Auskunft, ihr Geschäftsführer habe den Aufsichtsrat über das Verfahren der Kartenverteilung ausführlich informiert. Bosbach, der bei der besagten Sitzung anwesend war, konnte sich an keine Absprache erinnern.

Der zweite Punkt, den der Leiter der Kölner Sportstätten GmbH aufgefordert war zu erhellen, betraf die von der FIFA vorgeschriebene Personalisierung der Tickets. Eine Erklärung hätte auch für die Stadt Köln von Nutzen sein können, da diese Probleme bei der Personalisierung ihres Karten-Kontingentes bekundet hat.

Einer gebotenen Antwort entzog sich der Sportstättenchef durch eigenwillige Auslegung der Frage. Er unterstellte der Fraktion Die Linke.Köln, persönliche (datenschutzrechtlich relevante) Daten sei-

ner Mitarbeiter verlangt zu haben und stellte sich gleichsam in einem Akt der Ritterlichkeit vor sein Personal...

Diese Unterstellung wurde zurückgewiesen, und es wurde gleichzeitig darauf bestanden, die offenen Fragen endlich zu klären. Die Verwaltung wurde daraufhin vom Ausschussvorsitzenden aufgefordert, dem bis zur nächsten Sitzung nachzukommen.

Felix Schulte





■ Jugendhilfeausschuss:

Offene Ganztagschule ersetzt Hort nur unzureichend

Auf die Ergebnisse der ersten Pisa-Studie hatte die Landesregierung reagiert und die offene Ganztagschule (OGTS) als Ziel für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem eingeführt. Dadurch sollte sowohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden, als auch für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schulen ein Angebot geschaffen werden.

Ganztagschulen in Köln

Derzeit gibt es in Köln 76 offene Ganztagschulen mit einem Platzangebot für 4.343 SchülerInnen. Zum kommenden Schuljahr soll das Angebot auf 7.549 Plätze erweitert werden. Für das Schuljahr 07/08 plant die Verwaltung die Zahl der offenen Ganztagschulen auf 155 aufzustocken und die Plätze auf 14.100 zu verdoppeln. SPD und Grüne möchten dann allerdings bereits 1.500 Plätze mehr sehen. Dieses Platzangebot ist allerdings gekoppelt an den Abbau der Hortplätze. Hortplätze sollen – wie von der Landesregierung vorgesehen – auf 20% in sozialen Brennpunkten reduziert werden, freiwerdende Mittel gehen an die Ganztagschulen.

Im Rahmen einer Qualitätsoffensive für Hauptschulen soll außerdem bereits im nächsten Schuljahr das Ganztagsangebot an vier Hauptschulen ausgebaut werden.

Dieses Vorhaben unterstützt die Fraktion die Linke.Köln prinzipiell. Sie musste aber feststellen, dass derzeit kein richtiges und qualitatives Konzept hinter der Einführung der offenen Ganztagschule steckt. LehrerInnen und SozialarbeiterInnen werden bei dem schnellen Ausbau der Ganztagschule, ohne ausreichende Finanz- und Personalkapazitäten, stark überlastet. Die offene Ganztagschule ist der Gefahr ausgesetzt, zu einer „Verwahrnalt“ zu werden.

Das Ziel einer Ganztagschule sollte eine Bildungsinstitution mit alternativen Lernmethoden sein. Nicht nur Quantität ist gefragt, sondern auch Qualität. Insofern ist es zu kritisieren, dass Horte, die ein gefestigtes pädagogisches Konzept und ausreichend Fachpersonal haben, zu Gunsten der OGTS abgebaut werden, während diese noch nicht die an sie gestellten Anforderungen erfüllen können.

Auch ist auf das Schärfste zu kritisieren, dass bei der OGTS zu dem regulären Elternbeitrag noch zusätzliche Kosten für Nachmittagsangebote für SchülerInnen dazu kommen. Dies wird in keinem Fall zur Chancengleichheit beitragen, zumal der Schuldezernent Kahlen im letzten Jugendhilfeausschuss betont hat, dass sozial benachteiligte Familien das Angebot der OGTS verstärkt wahrnehmen.

Özlem Alev Demirel

■ Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Verschärfung der Kölner Straßenordnung noch nicht vom Tisch

Ordnungsdezernent Soénius plante mittels einer Verschärfung der Kölner Straßenordnung (KStO), die Skater von der Domplatte zu vertreiben. Den neuen Satzungsentwurf lehnte Die Linke.Köln, SPD und Grüne im Ausschuss und im Stadtrat ab. Trotzdem wurden Skater von Ordnungsdienst und der Polizei in den letzten Wochen öfter von der Domplatte vertrieben. Jetzt will man das alte Recht einfach schärfer anwenden. Die Skater verfolgen diese Entwicklung kritisch.

Die Verwaltung will die KStO noch an einem anderen Punkt verschärfen: Derjenige, der gewerbliche oder politische Flugblätter verteilt, soll dafür verantwortlich gemacht werden, dass ein Umkreis von 100 Metern von weggeworfenen Handzetteln gesäubert wird.

Die Linksfraktion stellte die Auswirkungen im Rat plastisch dar:

„Sie halten ja jetzt bald den CDU-Parteitag ab. ... Einer Ihrer Flügelkämpfer verteilt vor dem Tagungsort unangemeldet – das darf er ja – ein Flugblatt, auf dem steht: Bietmann muss weg!“

(Heiterkeit bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

„Nun hat Herr Soénius genau dieses Flugblatt aber schon 100 Meter vorher in die Hand gedrückt bekommen und wirft das zweite deshalb weg. Wollen Sie ihn dann auffordern: Das geht aber nicht, Sie befinden sich innerhalb der 100-Meter-Grenze, deshalb müssen Sie das wieder aufheben.“
 „...Das führt nur dazu, dass die Flügelkämp-

fe noch schärfer werden. Deswegen sollten wir das nicht machen.“

(Heiterkeit bei der Linke.Köln)

„Im Übrigen verstößt das auch gegen die Presse- und Versammlungsfreiheit.“

Im April wird sich der Ausschuss erneut mit dem Thema befassen.

Jörg Detjen

■ Ausschuss für Soziales und Senioren

Software für ALG II – BezieherInnen: Krach zwischen Bund und Kommunen

Im Halbjahresbericht des Oberbürgermeisters heißt es: „Der Sozialausschuss fordert die Verwaltung auf, im Kontext der bundesweiten Bestrebungen, alle Möglichkeiten der Ablösung der mit großen Mängeln behafteten zentralen Software für ALG-II-Bezieher/innen A2LL durch geeignete IT-Verfahren – in Kooperation mit anderen Kommunen – zu prüfen und als Bestandteil eines zukünftig optimierten Verfahrens die Erstellung von handlichen Berechtigungsnachweisen zu berücksichtigen.“ Der Beschluss ist die Folge eines Antrages für ein Mobilitätsticket, den unsere Fraktion Die Linke.Köln im Rat gestellt hatte.

Zum Sachstand heißt es u.a.: „Die Prüfungen einer alternativen Software erfolgen zurzeit. Bei den zu prüfenden Optimierungen wird auch die Möglichkeit einbezogen, einen Berechtigungsnachweis automatisiert zu erstellen.“

Im Ausschuss stellte ich die Frage nach dem Stand der Prüfung. Als Antwort folgte überraschender Weise eine ausführliche Darstellung von Frau Bredehorst, die hier nur kurz wiedergegeben werden kann:

Zwischen dem Bund und den Kommunen tobt ein heftiger Streit um die Software A2LL. Die Bundesagentur für Arbeit möchte allen Kommunen ihre Software aufzwingen. Der Grund liegt offensichtlich darin, dass der Bund bei der Berechnung der Unterkunftskosten nach A2LL profitiert. Das ärgert die Kommunen. Außerdem ist die Software nicht in der Lage, einen Berechtigungsnachweis automatisiert zu erstellen. Und den brauchen die Kommunen, wenn sie den ALG II - BezieherInnen ein Mobilitätsticket oder, wie unsere Fraktion es fordert, einen Kölnpass an die Hand geben wollen.

Also bleibt vorerst alles beim Alten – es sei denn, die Software der Agentur für Arbeit wird runtergeändert. Oder die Kommunen holen ihre alte Software wieder aus dem Schrank. Dass auch das möglich ist, zeigt die Stadt Münster, die als einzige Kommune noch ihre kommunale Software beibehalten hat. Sie hat sie erst gar nicht abgelegt und ist heute die einzige Stadt, die sich dem Druck der Agentur nicht beugt. Noch nicht. Ein gutes Vorbild auch für Köln?

Michael Kellner

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linken.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Sensation: Agentur für Arbeit vermittelt Arbeitslose

Im Stile einer Siegesmeldung verbreitete vor einigen Wochen die Kölner Agentur für Arbeit den Abschluss des „bundesweit ersten Kooperationsvertrages“ mit der Baumarkt-Kette BAUHAUS. In dem Unternehmen sollen freie Stellen „durch die schnelle und passgenaue Vermittlung von Arbeitssuchenden“ besetzt werden, so Agenturchef Welters.

Der Fachmann staunt, der Laie wundert sich: Haben wir was falsch verstanden? Ist das nicht immer und überall die Aufgabe der Arbeitsagentur – die Arbeitslosen zu erfassen und sie entsprechend ihrer Qualifikation zu vermitteln!?

Diese unfreiwillig (?) komische „Erfolgsmeldung“ hat einen ernsten Hintergrund. Mit der Einführung von Hartz IV sind die Prioritäten der Arbeitsagentur verschoben worden, gegen die Überzeugung vieler Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter. Mehr Ressourcen werden eingesetzt, um Arbeitslose zu verwalten, zu kontrollieren, Kürzungen zu begründen, „angemessene“ Wohnungsgrößen und -kosten zu ermitteln, die „Leistungswilligkeit“ zu überprüfen, Arbeitslose in 1-Euro-Jobs zu drücken.

Das sind tatsächlich Maßnahmen, die einer passgenauen Vermittlung entgegenstehen. „Kooperationsvertrag“ und das Entzücken seitens der Kölner Agentur-Spitze drücken aus, dass sie die Hartz'sche Armutsverwaltung als neue Realität und die ureigene Aufgabe der Arbeitsvermittlung als Sonderfall ansieht.

Dabei wird im Vorbeigehen ein neuer Service für Unternehmen eingeführt: ein Beschäftigter der Agentur hilft bei der „Vorauswahl“ der BewerberInnen und „entlastet“, so Welters, das Unternehmen.

Mit Hilfe der Agentur kann in der Personalabteilung des Unternehmens Zeit, Geld und Personal gespart werden? Das kann nicht der Sinn der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sein.

Claus Ludwig

Termine

Sa, 15. April, 14 Uhr
Ostermarsch Rheinland
Düsseldorf, Konrad-Adenauer-Platz
(Hbf)

Mo, 1. Mai
12 Uhr Demo Hans-Böckler-Platz
13 Uhr Kundgebung Heumarkt

Kämpfen und Feiern anlässlich des Internationalen Frauentages

Im Rahmen des Internationalen Frauentages am 8. März veranstalteten die Frauen der Linkspartei.PDS und der WASG zusammen mit DIDF und dem Migrantinnen Verband am Sonntag, den 12. März ein interkulturelles Frauenfest. Ca. 150 Frauen und einige Männer hatten den Weg ins Bürgerzentrum Ehrenfeld gefunden.

Das zweisprachige, türkisch-deutsche Programm umfasste Kultur mit Theater und Musik. Ratsfrau Özlem Demirel gab eine Einführung in die kämpferische Geschichte des Internationalen Frauentages. Fraueninitiativen stellten sich vor und berichteten über die geplanten Kürzungen der Landesregierung. Eine Mitarbeiterin der Uniklinik schilderte Lage und Stimmung der Streikenden. Eine Gewerkschaftssekretärin der IG Bau stellte die Kampagne für einen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde im Gebäudereinigungsgewerbe vor.

Diese Möglichkeit der Begegnung, Vernetzung und Solidarität von Frauen deutscher und nicht-deutscher Herkunft ist im Moment wichtiger denn je. Anlässlich einer Tagung zum Frauentag und zum Interkulturellen Dialog Anfang März versuchte der nordrhein-westfälische Frauenmi-

nister Laschet, die Leitkulturdebatte nun als Debatte um Frauenrechte zu führen. Das Recht muslimischer Frauen auf Selbstbestimmung müsse durchgesetzt werden, so Laschet. Gleichzeitig trifft die von der Landesregierung geplante Streichung jeder vierten Stelle in den Frauenhäusern überproportional Migrantinnen, die ca. 80 % der dort Schutz suchenden Frauen stellen. In Köln verlieren die beiden Frauenhäuser voraussichtlich Fördergelder von 75.000 Euro im Jahr.

Andrea Kostolnik

